



schriftliche Antwort zur Anfrage Nr. VI-F-02226-AW-01

Status: **öffentlich**

Beratungsfolge:

Gremium
Ratsversammlung

Termin
20.01.2016

Zuständigkeit
schriftliche Beantwortung

Eingereicht von
Dezernat Kultur

Betreff

Förderung von zentralen Anlaufstellen für Linksextremisten durch die Stadt Leipzig

Prüfung der Übereinstimmung mit den strategischen Zielen:

Sachverhalt:

Im Rahmen der Behandlung der dringlichen Anfrage der CDU-Fraktion zu den Ereignissen des 12.12.2015 in Leipzig, stellte ich Nachfragen, die nicht beantwortet werden konnten. Die Antworten sollten nachgereicht werden.

Mit der Anfrage möchte ich dem Oberbürgermeister Gelegenheit zur schriftlichen und öffentlich Beantwortung geben.

Herr Bürgermeister Rosenthal führte in der Ratsversammlung aus, dass es mehrere „soziokulturelle Vereine“ im Süden Leipzigs gibt, die institutionelle Förderung durch die Stadt Leipzig erhalten. Den Zuwendungsberichten ist zu entnehmen, dass es sich um sechsstellige Summen handelt.

Einer der geförderten Vereine wurde mehrfach in Verfassungsschutzberichten erwähnt und als „zentrale Anlaufstelle der autonomen Szene“ im Kapitel „Linksextremisten in Leipzig“ bezeichnet.

1. Frage: Hat die Stadtverwaltung Kontakt zum Landesamt für Verfassungsschutz aufgenommen, um ggf. nähere Informationen hierzu zu erhalten?

Die Frage kann mit Ja beantwortet werden. In Beratungen der AG Extremismusprävention im Kriminalpräventiven Rat der Stadt Leipzig (KPR) wurde die Nennung des „Conne Island“ (Betreiberverein ist der Projekt Verein e. V.) als ein Ort/ „Anlaufstelle für Leipziger autonome Szene“ im Verfassungsschutzbericht Sachsen thematisiert.

Um Hintergründe für die Aussagen in den Verfassungsschutzberichten zum Ort Conne Island und ein internes Lagebild zum Gesamtthemenfeld Extremismus zu erhalten und zu diskutieren, wurde

am 14.10.2013 der Präsident des Landesamtes für Verfassungsschutz (LfV) als Guest in die AG Extremismusprävention des Kriminalpräventiven Rates eingeladen und hat berichtet, dass sich Linksextremisten insbesondere an Nichtextremisten und deren Proteste andocken und das Conne Island als einer dieser Orte wahrgenommen wird. Als Beispiel dafür diente der letztlich auch im Verfassungsschutzbericht 2013 veröffentlichte Flyer des Konzertes vom 11.10.2013, welcher - wie alle diese Werbemittel seit 1991 - bis heute auf den Internetseiten des Vereins zu finden ist und der in diesem Kontext erneut im Verfassungsschutzbericht 2014 abgedruckt wurde.

Das Angebot des Präsidenten des LfV, vertiefende Gespräche mit dessen Mitarbeitern dazu zu führen, wurde angenommen und eine zusätzliche Beratung der AG Extremismus zu den Themenbereichen Fußball und Linksextremismus am 03.07.2014 durchgeführt. Zur Arbeit des Projekt Verein e. V. gab es keine weiterführenden Erkenntnisse, außer der Aussage, dass der Verein selbst nicht beobachtet wird; einzelne „Problemkader“, die zu den Besuchern gehören könnten, werden „personenscharf“ beobachtet. Hieraus resultiert offensichtlich die Nennung des Ortes „Conne Island“ als zentrale Anlaufstelle der autonomen Szene. Bekannt sind die Personen nur dem LfV. Als einzige Empfehlung konnte mitgenommen werden, dass der Verein ggf. von seinem Hausrecht Gebrauch machen muss.

Zusammengefasst kann gesagt werden: Die Gespräche mit dem LfV lieferten keine Anhaltspunkte bzw. Empfehlungen, die Förderung des Betreibervereins Projekt Verein e. V. zu überdenken bzw. einzustellen. Der Verfassungsschutzbericht selbst bildet nicht das komplette Wissen ab, er ist eher als „Frühwarnsystem“ zu verstehen und zeigt ausgewählte Entwicklungen auf. Aus diesem Grund wird er von der Verwaltung eingesehen, um gegebenenfalls notwendige Schritte zu unternehmen. Das Kulturamt als hauptsächlicher Fördermittelgeber an den Projekt Verein nimmt, vertreten durch die Fachmitarbeiterin für Soziokultur- und Stadtteilkultur der Abteilung Kulturförderung, an den Beratungen der AG Extremismusprävention des Kriminalpräventiven Rates teil. Informationen daraus werden an die Amtsleiter- und Beigeordnetenebene weitergeleitet.

2. Frage: Hat die Stadtverwaltung Kontakt zum Fördermittelempfänger aufgenommen, um ggf. eine Stellungnahme zu erhalten?

Das die Fördermittel ausreichende Kulturamt steht in regelmäßigem Kontakt mit allen institutionell geförderten Vereinen. Im Bereich Soziokultur gibt es neben den thematischen Sitzungen der AG Soziokultur, in denen das Kulturamt regelmäßig vertreten ist, mindestens ein jährliches Arbeitsgespräch mit der jeweiligen Geschäftsführung der Vereine, teilweise unter Beteiligung von Vorstandsmitgliedern. Mit dem Projekt Verein e. V. gibt es darüber hinaus beidseitig einen engen Arbeitskontakt mit entsprechenden Gesprächen, im Dezember 2014 gemeinsam mit Vorstandsmitgliedern auch am Tisch der Amtsleiterin des Kulturamtes.

Der Verein hat sich zur vertrauensvollen Zusammenarbeit verpflichtet und weiß um seine Verantwortung. Es liegen Stellungnahmen und Erklärungen des Vereins vor, die letzte vom 18. Juni 2015 nach Veröffentlichung von Artikeln in der „Zeit online“ vom 11.06.2015 und der „Bild Leipzig“ vom 16.06.2015. In den Erklärungen nimmt die Geschäftsführerin explizit zu den Anschuldigungen Stellung, entkräftet diese bzw. setzt die getroffenen Aussagen in den entsprechenden Kontext. Der Verein gab nochmals Erläuterungen zu seiner Internetseite, die immer wieder als Quelle für teilweise über 10 Jahre alte Dokumente herangezogen wird. Grundsätzlich ist es Anliegen des Vereins, seine gesamte Arbeit von Beginn an zu dokumentieren und alle Dokumente auch der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Damit wird erklärt, warum alle Dokumente weiterhin auf der Internetplattform des Vereins stehen.

Falls die Fragen 1 und/oder 2 mit nein beantwortet werden:

3. Frage: Warum ist dies nicht geschehen und wann wird es nachgeholt?

entfällt

Falls die Fragen 1 und/oder 2 mit ja beantwortet werden:

4. Frage: Welche Schlussfolgerungen und ggf. Konsequenzen wurden gezogen?

Der Projekt Verein e. V. arbeitet wie alle anderen Trägervereine soziokultureller Zentren auf dem Boden des Grundgesetzes und hat den Status der Gemeinnützigkeit.

Die Gespräche mit dem LfV gaben keine Anhaltspunkte bzw. enthielten keine Empfehlungen, die Förderung des Betreibervereins zu überdenken bzw. einzustellen. Es gibt keine rechtlich relevanten Verfahren gegen den Projekt Verein e. V., die Konzepte und auch die dokumentierte Arbeit des Vereins liefern keine Anhaltspunkte für eine linksextremistische Tätigkeit. Auch die Leipziger Polizei äußert sich zurückhaltend: Zitat des Polizeisprechers Andreas Lopinski (BILD 16.06.2015): „Zwar lag das Conne Island immer mal wieder in einem Kontrollbereich der Polizei, galt aber nie als Mittelpunkt linksextremer Gewalttäter. Es gab und gibt auch keine Anhaltspunkte, die eine Überwachung rechtfertigen würden.“

Nach Abwägung aller o. g. Faktoren soll die institutionelle Förderung des Projekt Verein e. V. auf der Basis des vom Verein vorgelegten mittelfristigen Konzeptes „Conne Island 2013 – 2016“ fortgesetzt werden.

Ausgewiesene Schwerpunkte in diesem Konzept sind:

Streitkultur, Teilhabe und demokratische Bildung

Politische Bildung und Geschichte des Nationalsozialismus

Skate-Island – Strukturverbesserungen für die Skater-Szene

Stadtentwicklungs- und Gentrifizierungsprozesse

Fußball, Ultras und Fankulturarbeit – Patchwork der Jugendkulturen (ist ein Alleinstellungsmerkmal des Vereins).

Grundsätzlich versteht sich das Conne Island als ein sozialer Ort für Politik und Kultur, ein Ort für Musik ohne Genrebegrenzung. Vor allem erreicht der Verein mit seiner soziokulturellen Arbeit auch Zielgruppen, die sonst kaum erreicht werden.

Nach dem ersten Gespräch mit dem Verfassungsschutz im Jahr 2013 und der Kritik im Verfassungsschutzbericht 2013 zum Plakat vom 11.10.2013 wurde mit dem Verein u. a. über die lückenlose Dokumentationen auf den Internetseiten gesprochen. Der Verein möchte die bisherige Praxis beibehalten (siehe Frage 2). Aktuell wird zum Gegenstand der Erwähnungen des Conne Islands im Verfassungsschutzbericht 2014 eine Einschätzung von der Fachstelle Extremismus und Gewaltprävention im Dezernat V erstellt.

Der besonders enge Arbeitskontakt des Kulturamtes zur Geschäftsführung des Projekt Vereins e. V. wird beibehalten. Ab April 2016 werden nach Vorliegen der Sachberichte für das Jahr 2015 mit dem Verein Gespräche zur weiteren Ausrichtung und Sicherung der soziokulturellen Arbeit geführt.

Weiterhin ist ein gemeinsamer Termin mit der Fachstelle für Extremismus und Gewaltprävention geplant. Dem Verein wird außerdem vorgeschlagen, seine Arbeit im Fachausschuss Kultur vorzustellen.